



Das Sondierungspapier von SPD, Grüner Partei und FDP vom 16. Oktober 2021

Ein Kommentar

von Lothar Kamp

18. Oktober 2021

1	Vorbemerkung.....	2
2	Die Ausgangssituation der Parteien.....	2
3	Vorwärtsweisende Punkte des Sondierungsergebnisses	2
4	Verhandlungsergebnisse ohne Klarheit der Wirkungsrichtung.....	4
5	Defizitäres, Ungelöstes, Negatives	4
6	Resümee und Ausblick	5



1 Vorbemerkung

Am 16.10.2021 haben die Parteien SPD, Grüne und FDP nach einer relativ kurzen Sondierungsphase ein Ergebnispapier vorgelegt, welches die Kernziele und Kernpunkte einer zukünftigen Koalitionsregierung der Beteiligten umreißen soll.

Die Verhandlungsgruppe verfolgt dabei hohe Ansprüche. So werden angestrebt: ein „innovatives Bündnis“, eine „neue politischen Kreativität“ und eine „Fortschrittskoalition“. Man könne die „Weichen für ein Jahrzehnt der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen, digitalen und gesellschaftlichen Erneuerung stellen“. Die Partner wollen einen „neuen gesellschaftlichen Aufbruch auf Höhe der Zeit“ schaffen.

Im Folgenden kommentieren und analysieren wir die aus unserer Sicht zentralen Punkte des Sondierungs-Ergebnisses. Dabei gilt unser Blick insbesondere sozialen und ökologischen Zielen. Zuvor wird kurz beschrieben, aus welcher Ausgangssituation heraus die Parteien bei ihren Koalitionsverhandlungen starten werden.

2 Die Ausgangssituation der Parteien

- Die CDU durchläuft eine starke, bisher nicht gebremste Abwärtsbewegung. Hervorgerufen durch das Scheitern von Armin Laschet als Kanzler-Kandidat ist schlagartig sichtbar geworden, dass die Partei kaum noch über eine wesentliche gehaltvolle inhaltliche Substanz verfügt. Die Partei wird in der nächsten Zeit von inneren Auseinandersetzungen und Machtkämpfen geprägt sein. Impulse für kurz- und mittelfristige inhaltliche Neuorientierungen der Partei sind bisher kaum sichtbar.
- Die drei Parteien SPD, Grüne und FDP haben den festen Willen, durch Verhandlungen „auf Augenhöhe“ eine Ampel-Koalition zustande zu bringen. Sie sind zur Regierungsbildung stark entschlossen.
- Die FDP hat sich zu Beginn ein sehr starkes Verhandlungsmandat verschafft durch stillschweigende Drohung, bei sehr schlechtem Verhandlungsergebnis wieder nicht in eine Regierung einzutreten und vor allem durch den ständig wiederholten Verweis, dass sie eindeutig ein Jamaika-Bündnis bevorzugen würde.
- Umgekehrt hat die SPD trotz ihres Wahlsieges und trotz ihres gegenüber vorherigen Umfragen sensationellen Ergebnisses ein relativ schwaches Verhandlungsmandat erlangt, da die Ampel für sie faktisch die einzige Koalitionsoption ist.
- Die Grünen sind in ihrer Dynamik ein Stück weit dadurch gebremst, dass ihr Wahlergebnis aufgrund eigener Fehler deutlich hinter den Umfragen und Erwartungen zurückblieb, welche noch vor wenigen Monaten bestanden.
- Sowohl in der Grünen Partei als auch in der SPD sind die verschiedenen Flügel noch gemeinsam fokussiert auf den Willen zur Regierungsbeteiligung. Jedoch ist diese „Einigkeit“ in beiden Parteien fragil und kann bei Unzufriedenheiten über Ergebnisse der beginnenden Koalitionsverhandlungen aufbrechen und zu ziemlich schwierigen Kompromissfindungen führen.
- Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Verhandler einer Ampel es so weit kommen lassen, dass wieder eine Jamaika-Koalition denkbar wäre. Auch eine neue Große Koalition erscheint höchst unwahrscheinlich.

3 Vorwärtsweisende Punkte des Sondierungsergebnisses

- Angetrieben vor allem durch die FDP und mit eigenen Akzenten von Grünen und SPD versehen heißt es in dem Papier: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des



Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen.“ Um dies zu erreichen, nennen die Verhandlungspartner: Bürokratie-Abbau in allen Feldern; Beschleunigung von Entscheidungsverfahren; Anstrengungen bei der Digitalisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, einschließlich der öffentlichen Verwaltung; Unterstützung von mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben; Unterstützung von Unternehmensgründungen; mehr Unternehmens-Ausgründungen aus Hochschulen; Unterstützung regionaler Transformationscluster und strukturschwacher Regionen.

- Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung soll attraktiver gemacht werden.
- Bereits im ersten Regierungsjahr soll ein Mindestlohn von 12 Euro eingeführt werden.
- Mini- und Midi-Jobs sollen verbessert werden, z.B. durch eine neue Grenze für Midi-Jobs von 1600 Euro und eine Orientierung von Mini-Jobs an einer Wochenarbeitszeit von 10 Stunden zu Mindestlohnbedingungen und einer neuen Grenze von 520 Euro.
- Aus dem Hartz IV-System soll ein Bürgergeld werden, unter Beibehaltung der „Mitwirkungspflichten“ der Leistungsbezieher*innen.
- Um mehr Kinder aus der Armut zu holen, ist ein Kindergrundsicherungsmodell angedacht, in dem alle bisher auf Kinder bezogene Leistungen gebündelt werden sollen.
- Das Rentenniveau soll bei 48 % gesichert bleiben; eine Erhöhung des Renteneintrittsalters soll nicht erfolgen.
- Es soll deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden: 400.000 neu gebaute Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen.
- Die illegale Finanzierung von Immobilien soll bekämpft; steuerliche Schlupflöcher geschlossen werden (beispielsweise im Falle von Share Deals; bei diesen werden Immobilien auf ein neu gegründetes Unternehmen übertragen; Investoren können Anteile (Shares) an diesem Unternehmen erwerben und müssen dabei keine Grunderwerbssteuer zahlen. Dies führt zu erheblichen Steuerausfällen und zu starken Anreizen für Immobilienspekulation).
- Die deutsche Rechtsordnung soll der neuen, diverseren gesellschaftlichen Realität angepasst werden. Dies betrifft das Staatsangehörigkeitsrecht, das Familienrecht, das Abstammungsrecht, das Transsexuellen-Gesetz, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und den Aufenthaltsstatus.
- Die öffentliche Sicherheit soll gestärkt werden; es soll entschieden gegen demokratiefeindliche Kräfte vorgegangen werden.
- Das Selbstbestimmungsrecht und die Chancengleichheit von Frauen werden gestärkt.
- Das Wahlalter bei Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament wird auf 16 Jahre gesenkt.
- Der Kampf gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Steuervermeidung wird intensiviert.
- Die EU und eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sollen gestärkt werden. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt soll strikt eingehalten werden. Die Notwendigkeit der Nato und die Zugehörigkeit Deutschlands zu ihr werden positiv betont. Zu internationalen Organisationen und Abkommen erfolgt ein klares Bekenntnis. Die Dreierkoalition will sich für internationale Abrüstungs-Initiativen einsetzen.



4 Verhandlungsergebnisse ohne Klarheit der Wirkungsrichtung

- Die Ausführungen zur Klima-Politik können bisher nicht unter die vorwärtsweisen Punkte aufgenommen werden. Es werden im wesentlichen nur allgemeine Absichtserklärungen abgegeben: Erreichen des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens; „Weiterentwicklung“ des Klimaschutzgesetzes; drastische Beschleunigung des Ausbaus der „Erneuerbaren“, Beseitigung der Hürden und Hindernisse; „idealerweise“ ein Vorziehen des für 2038 geplanten vollständigen Kohleausstieg auf 2030. Lediglich in zwei Punkten erfolgen konkretere Festlegungen: Zwei Prozent der Fläche Deutschlands soll für Windkraft reserviert werden; auf viele Häuserdächer sollen pflichtmäßig Solaranlagen installiert werden.
- Zukunftsträchtiger Verkehr soll erreicht werden durch massiven Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur und E-Fuels. Unkonkret wird formuliert, dass es „Systemlösungen für Individualverkehr und ÖPNV“ geben soll.
- Maßnahmen gegen Artensterben und für eine nachhaltige Landwirtschaft sollen „unterstützt werden“. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll „reduziert“ werden.
- Die Verhandlungsgruppe setzt sich für „gute Arbeit mit Sicherheit und Flexibilität“ ein. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollen bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung „unterstützt“ werden, immer im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen.
- Unklar bleibt, was mit Unterstützung von Ländern und Kommunen bei der Digitalisierung des Bildungswesens und einer „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ gemeint ist.
- Es wird eine deutsche und europäische Handelspolitik zugesagt, die sich gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken richtet.

5 Defizitäres, Ungelöstes, Negatives

- Die Vermögensteuer wird nicht reaktiviert. Die Erbschaftsteuer wird nicht verändert, z.B. durch eine progressivere Ausgestaltung. Einkommen-, Unternehmen- und Mehrwertsteuer werden nicht erhöht. Auch der Spitzensteuersatz und der Progressionsverlauf bei der Einkommensteuer werden nicht heraufgesetzt. Die weitere Zunahme der großen Ungleichheit in Einkommen und Vermögen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen als großes gesellschaftliches Problem wird daher nicht angegangen.
- Für Investitionen von Unternehmen in Klimaschutz und Digitalisierung soll es „Superabschreibungen“ geben, die dann zu entsprechenden Steuerausfällen führen werden.
- Es gibt keinerlei Einstieg in eine Bürger-Rentenversicherung und eine Bürger-Krankenversicherung. Stattdessen werden diese sozialen Systeme (einschließlich der privaten Krankenversicherung) in ihrer Struktur beibehalten. Die gesetzliche Rentenversicherung soll eine zusätzliche, kapitalgedeckte Säule erhalten. Diese ist zwar (wenn sie sich am schwedischen Modell orientiert) nicht grundsätzlich abzulehnen, aber sie birgt auch das Risiko abstürzender Kapitalmärkte und damit einer Reduzierung von Rentenleistungen in derartigen Situationen.
- Ein elternunabhängiges Bafög ermöglicht zwar Student*innen mehr Freiheiten, bringt aber die Ungerechtigkeit mit sich, dass die Kinder reicher Eltern die gleichen



Leistungen wie die Kinder armer Eltern erhalten sollen, wobei die reichen Eltern nicht gleichzeitig über höhere Steuern zur Mitfinanzierung dieser Lösung stärker herangezogen werden.

- Die von der FDP strikt durchgesetzten Linien: keinerlei Steuererhöhungen, striktes Festhalten an der Schuldenbremse, lässt das große Problem offen, wie die zukünftig notwendigen enormen Investitionen in Klimaschutz/Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Bildung und Reformen der Sozialsysteme finanziert werden können. Als Lösung bleiben Schattenhaushalte in Form von Fonds, öffentlich finanzierten Investitions-Gesellschaften und Kredite öffentlicher Banken. Diese Form der Finanzierung ist jedoch fragil und angreifbar, unterliegt nicht der parlamentarischen Kontrolle und ermöglicht nicht das stärkere Heranziehen von Ressourcen oberer Einkommens- und Vermögenschichten.
- Ein allgemeines Tempolimit wird es nicht geben.

6 Resümee und Ausblick

- Allgemein gibt es unter sozialen, ökologischen und Modernisierungs-Gesichtspunkten jenseits einer Ampel-Koalition zurzeit keine andere denkbare Regierungskombination. Von daher sollte diese dann auch unbedingt Realität werden. Die CDU ist bis auf weiteres nicht regierungsfähig und hat große innere Parteikämpfe vor sich. Die Grünen sind zum Eintritt in eine Regierung fest entschlossen. Die SPD ist angesichts ihres vorherigen absoluten Tiefs und der jetzigen Regierungsoption so geeint wie selten zuvor in den letzten Jahrzehnten. Die FDP hat angesichts des völligen Ausfalls der CDU realistischer Weise nicht mehr die Option einer Jamaika-Koalition. Ihr ist es gelungen, weit übermäßig ihre Positionen im Sondierungsergebnis zu verankern. Ihre Handschrift ist praktisch in jedem Teilgebiet sehr deutlich zu sehen.
- Die SPD hat bis auf wenige Leuchtpunkte (Mindestlohn von 12 Euro) viele ihrer gedachten Zukunftsprojekte (z.B. Bürgerversicherung bei Rente und Krankenversicherung, Abbau von Ungleichheit, Stärkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten) sehr wenig verankern können.
- Auch die Grünen mussten große Abstriche machen. Dies trifft zu auf die Schnittmengen-Projekte mit der SPD (Bürgerversicherung, Abbau von Ungleichheit). Aber vor allem zum Herzens- und Leuchtturmprojekt der Grünen, einem umfassenden Klimaschutz, bleibt das Verhandlungsergebnis unzureichend und vage. Bereits die Grünen hatten zuvor keine Vorschläge entwickelt, die das 1,5-Grad-Ziel in den vom Pariser Abkommen vorgesehenen Zeiträumen wirklich erreichbar machen könnten. In der Kooperation mit FDP und SPD wird dies noch schwieriger. Ein vorzeitiger Kohleausstieg ist wenig wahrscheinlich; größere Projekte zum Erreichen der Klimaziele in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie sind kaum zu erkennen. Der versprochene Ausbau der Erneuerbaren bei Windkraft und Solarenergie wird schwer zu erreichen sein.
- Die Einigkeit zwischen den verschiedenen Parteiflügeln in der FDP dürfte halten, da sich die Partei in den Verhandlungen sehr weit durchgesetzt hat und die CDU auf Bundesebene als „idealer“ Kooperationspartner auf absehbare Zeit ausfällt. Anders könnte es bei den Grünen und der SPD verlaufen. Angesichts der schwachen Verankerung ihrer großen Projekte in den bisherigen Absprachen dürften die linken Flügel und die jungen Abgeordneten in den beiden Parteien ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Was die Flügel – noch? – zusammenhält, ist der unbedingte Wille zum Regieren. Alles hängt davon ab, ob SPD und Grüne in den kommenden



Koalitionsverhandlungen konkrete Projekte ihrer Zukunftsprogramme verankern können.

- Allgemein gilt, dass die Zeit der Volksparteien vorbei ist. Die immer weitere Aufspaltung der Wählerschaft, bedingt durch die voranschreitende gesellschaftliche Differenzierung in verschiedenste Milieus, und durch die Auflösung fester Bindungen an bestimmte Parteien führt zu mehr Wechselwählerverhalten und zu stärkeren Verankerungswünschen ganz bestimmter Vorstellungen, was durch eine größere Zahl von Parteien leichter erreichbar ist. Regierungskoalitionen werden in Zukunft in der Regel aus drei oder mehr Parteien bestehen. Dies zwingt einerseits zu stärkeren Kompromissen, und andererseits macht es diese Koalitionen fragiler als Zweierbündnisse. Positiv gesehen führt diese Entwicklung aber zu mehr Dynamik in den Parteien. Die SPD wird beispielsweise durch den Einfluss der FDP gezwungen, sich stärker mit wirtschaftlichen Themen und mit den Interessen von Mittelständlern, Handwerkern und Selbständigen zu befassen und beim Einsatz öffentlicher Mittel für staatliche Projekte und Interventionen stärker auf deren Effektivität und Effizienz zu achten. Auch dürfte sie ihren Zugang zu Innovationen und Technologien verändern. Die Grünen werden in der Kooperation mit der SPD vermutlich ihre Vorstellungen zu sozialer Gerechtigkeit und zu Arbeitnehmerinteressen konkretisieren. Sie werden sich in der Auseinandersetzung mit den beiden anderen Parteien stärker mit der Bevölkerungsakzeptanz, Umsetzungsfähigkeit und Finanzierbarkeit ihrer Klimaprojekte befassen müssen. Vor ein paar Monaten, als sich die Grünen noch in einem maximalen Höhenflug befanden, spielten diese Gesichtspunkte eine relativ geringere Rolle, in den nächsten Jahren werden sie aber ein sehr bedeutendes Gewicht bekommen. Die Partei steht in diesem Bündnis am stärksten unter Druck und vor den größten Hindernissen, was mögliche Erfolge anbelangt. In der FDP dürften mittelfristig der nationalliberale Flügel stark geschwächt, und der neoliberale Flügel ein Stück weit zurückgedrängt werden. Die jenseits dieser beiden Flügel orientierten FDP-Mitglieder und -Politiker, die mehr Offenheit in sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Modernisierungsfragen und Arbeitnehmerbelangen zeigen, könnten gestärkt werden, sodass sich diese Partei im Dreierbündnis möglicherweise am stärksten verändern wird.
- Dass das Dreierbündnis tatsächlich eine „Modernisierungskoalition für Deutschland“ wird, hängt von einer weitgehenden Überwindung der genannten Schwierigkeiten und Hindernisse ab. Es kann sein, dass dies zunächst nicht gelingt. In diesem Fall könnten in den drei Parteien schmerzhaft Lernprozesse in Gang gesetzt werden, die dies wahrscheinlicher machen würden.